

Mitbestimmung von Kindern: Alarmierende Ergebnisse einer aktuellen Umfrage

Eine neue Umfrage zeigt, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland bei Entscheidungen in Familien und Schulen mitbestimmen können, während die Situation in Kommunen katastrophal ist.

In Deutschland haben Kinder und Jugendliche eine kritische Sicht auf die Mitbestimmungsmöglichkeiten, die ihnen in Familien und Schulen geboten werden. Laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerkes wünschen sich die jungen Befragten mehr Einfluss auf Entscheidungen, die sie betreffen. Insbesondere bei familiären Angelegenheiten geben 57 Prozent an, dass sie häufig mitbestimmen können, während es im schulischen Umfeld nur 29 Prozent sind. Besonders alarmierend ist die Situation auf kommunaler Ebene: Hier berichtet lediglich ein verschwindend geringer Anteil von 5 Prozent über eine regelmäßige Mitbestimmung.

Die Umfrage, die im Auftrag des Sozial- und Politikforschungsinstituts Verian durchgeführt wurde, zeigt erhebliche Unterschiede in den verschiedenen Bundesländern. Während 19 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Bremen angeben, häufig bei kommunalen Entscheidungen mitwirken zu können, sind es in anderen Regionen, wie zum Beispiel Baden-Württemberg oder Sachsen, nur ein bzw. drei Prozent. Dies illustriert eine besorgniserregende Ungleichheit in den Mitbestimmungsmöglichkeiten, die für alle jungen Menschen im Land gelten sollten.

Unterschiedliche Wahrnehmung in den Bundesländern

Die Diskrepanz in den Zahlen wirft Fragen über die Realitäten der Konsultation und Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene auf. In Nordrhein-Westfalen ist der Wert mit 9 Prozent ebenfalls besorgniserregend, während Berlin, Hamburg und das Saarland mit 8 Prozent ähnlich hinter den Erwartungen zurückbleiben. Dies legt nahe, dass es in der politischen Landschaft enormen Handlungsbedarf gibt, um die Stimmen der Jüngeren zu Gehör zu bringen.

Holger Hofmann, der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes, hebt hervor, wie wichtig frühe Beteiligungserfahrungen für die sozialen Kompetenzen junger Menschen sind. Seiner Meinung nach sind klare gesetzliche Regelungen und verbindliche Standards für die Mitbestimmung notwendig. Das Ziel sollte sein, dass Kinder und Jugendliche als vollwertige Mitgestalter in allen Bereichen, die ihr Leben betreffen, anerkannt werden.

Die Studie thematisiert nicht nur die Defizite, sondern regt auch dazu an, bestehende Projekte wie „Kinderfreundliche Kommunen“ zu unterstützen. Rund 60 Kommunen in Deutschland haben sich diesem Vorhaben bereits angeschlossen, um die Mitbestimmung von jungen Menschen zu fördern. Hier könnten positive Impulse ausgehen, um das Engagement der gesamten Gesellschaft zu stärken und ein Umfeld zu schaffen, das Kindern und Jugendlichen ermöglicht, Anliegen auf Augenhöhe zu äußern.

Für den „Kinderrechte-Index“, der nächstes Jahr veröffentlicht werden soll, wurden insgesamt 3.218 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren befragt. Dies ist ein wichtiger Schritt, um den Stand der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zu evaluieren und zu verbessern. Die Androhung, nicht gehört zu werden, sollte nicht länger hinnehmbar sein. Es ist von primärer Wichtigkeit, dass die Stimmen der Jüngeren in der heutigen

Gesellschaft Gehör finden und ernst genommen werden.

Die Umfrage verdeutlicht, dass es notwendig ist, auch auf kommunaler Ebene die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Nur so kann eine aktive Teilhabe gewährleistet werden, die nicht nur die sozialen Kompetenzen fördert, sondern auch zur Stärkung der Demokratie beiträgt. Weitere Informationen über die Umfrage und den bevorstehenden Kinderrechte-Index sind online unter den Webseiten des Deutschen Kinderhilfswerkes verfügbar.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de